

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erstmalig mit dem Antritt der Ehren- und Stellung nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Besondere bei Geschäftsbesuchen monatlich 4 Mk., durch andere Mitglieder getragen in der Stadt monatlich 4-40 Mk., auf dem Lande 4-80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12 Mk., ohne Postgebühr. Die Postämter und Poststellen haben andere Mitglieder und Geschäftsbesuche können ebenfalls Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Kosten, sowie einer möglichen Verzögerung bei der Begehr kann Ersatz auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Zeitungspreis: Das für die regelmäßige Ausgabe oder deren Raum, Lokalpreis 10 Mk., Fernpreis 12 Mk., bei Bestellung und Jahresausgabe entsprechender Preisermäßigung. Die Anzeigenpreise im amtlichen Teil (für den Behörden) die Tagespreise 10 Mk., Wochenpreise 30 Mk., Monatspreise 100 Mk., halbjährliche 500 Mk., jährliche 1000 Mk., für die Wichtigkeit der durch Journal übermittelten Anzeigen überlassen wir hierhin. Jeder Anzeigensprei erhöht, wenn der Betrag durch Rüge eingetragen werden muß oder der Auftraggeber in Ansehung gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 1.

Sonnabend den 1. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Maul- und Klauenseuche. Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche in Sora und Kleinschönberg. Die vorgenannten Gemeinden werden nunmehr unter Beobachtung gestellt. Weissen, am 30. Dezember 1920. Reg. V. Die Amtshauptmannschaft.

23. Dezember 1920 L. W. A. IV. 1997 für die Landgemeinde Niederwartha die Bestimmungen in §§ 5 und 6 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter und in §§ 2-3 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, beide vom 23. September 1918 in der Fassung vom 22. Juni 1919, mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß der Gemeindevorstand zu Niederwartha verpflichtet ist, Anordnungen nach § 5 der Mieterschutz-Bekanntmachung zu treffen. Mit dieser Verordnung gilt Niederwartha als Wohnungsnotstandsgemeinde der Liste I. Weissen, am 30. Dezember 1920. Die Amtshauptmannschaft.

Wohnungsnotstandsgemeinde.

Das Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt, hat mit Verordnung vom

Nr. 721 II D.

Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Einem Beschluß der Pariser Volkskammerkonferenz zufolge werden die nicht in Oberschlesien wohnenden Stimmberechtigten später als die Einheimischen abstimmen und zwar gleichzeitig in Oberschlesien.
- * In Köslin wurde auf dem Grundstück des Majors a. D. Buchs Eigentum in Höhe von mehreren Millionen Mark beschlagnahmt.
- * Der französische sozialistische Parteitag entschied sich mit großer Mehrheit für die dritte Internationale.
- * Die Feindseligkeiten um Trieste sind eingestellt worden, nachdem die Anwartschaften im Widerstand aufgegeben und seine Vollmachten in die Hände des Triester Stadtrats zurückgelegt hatte.
- * Im amerikanischen Kongress wurde ein Antrag eingebracht auf Verleihung eines Kredits von einer Million Dollar an Deutschland und Österreich.

Wirtschaftliche Umwälzungen.

Einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird und geschrieben:
In die letzte Woche des Jahres haben sich noch eine Anzahl bedeutender Ereignisse zusammengedrängt, die im wesentlichen alle von den gleichen Absichten getragen waren. Es handelt sich immer wieder darum, die Folgen der Weltwirtschafts- und der politischen Umwälzungen abzumildern, und man hat sich nur fragen, ob die beschriebenen Wege immer wirklich geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen und ob sie nicht zu sehr unerwünschten Nebenwirkungen führen.
Das in dieser Hinsicht besonders dankbare Thema der Voraussetzungen mit vielfachem Stimmrecht ist ja schon oft behandelt worden, es ist aber vielleicht gerade deshalb besonders fernliegend, daß eine unserer größten Industrieunternehmen, nämlich die Gruppe der bekannten Metallwerke Krupp & Sohn in Halberstadt, es bevorzugt verstanden hat, den Einfluß bei den ihr nachstehenden Werken auf diese Zeit zu sichern. Der größte Teil der industriellen Interessen der Firma ruht bei den Werken Kupfer- und Messingwerken, einer Aktiengesellschaft, die ihren Sitz in Düsseldorf hat und ihr Kapital in der letzten Zeit ungenutzt ruhen vergrößert hat. Gerade jetzt erhöht sie das Kapital wiederum sehr stark, gibt gleichzeitig sogar eine große Schuldverschreibung anleihe aus, aber die Halberstädter Mutterfirma benutzt die Gelegenheit nicht, um zu ihren maßgebenden Einfluß durch billige Voraussetzungen zu sichern, sondern sie übernimmt einen großen Teil der neu auszugeben Aktien bei verhältnismäßig recht hohem Kurse zu dauerndem Besitz.
Eine andere Folge der wirtschaftlichen Umwälzungen ist die Notwendigkeit für viele bisher als offene Handels- und gewerbliche Betriebe Unternehmungen, die großen Bankverhältnisse, die heute bei ihnen arbeiten, in irgendeiner Form abzurufen. In der Tat kann das, wie die Dinge liegen, wohl kaum jemals geschehen, die Entwicklung drängt also selbst sehr widerstrebende Privatfirmen zur Umwandlung in Aktiengesellschaften. Dafür ist die letzte große Wundung, die der bekannten Preussischen Unternehmungen, ja ein recht bemerkenswertes Beispiel. Denn wenn vorher auch nur seine obersteinsten Werke in eine Aktiengesellschaft umgewandelt hat, für die Legation Fabriken dagegen die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorschlägt, so geschieht dies wahrscheinlich mit Rücksicht darauf, daß die G. m. b. H. nicht verpflichtet ist, Berichte zu veröffentlichen. Eine Schuldverschreibungsanleihe unterzubringen, ist aber selbst für eine G. m. b. H. ganz wesentlich leichter als für eine Privatfirma, und auch im Verkehr mit den Banken bietet diese Gesellschaftsform manche Vorteile der Aktiengesellschaft. Das übrigens mit den 65 Millionen Mark, die die beiden Gesellschaften als Grundkapital angeben, der Wert der Preussischen Unternehmungen erheblich sei, ist mehr als unwahrscheinlich. Entweder werden sie sehr niedrig zu Buche gebracht oder es arbeiten noch große fremde Mittel mit — das können Darlehen der früheren Inhaber sein, die sich ja auch jetzt noch die Kapitalleistung vorbehalten, es können auch Darlehen der Banken sein.
Die Hauptversammlungen der beteiligten Gesellschaften haben jetzt die Bildung des vielgenannten Elektro-Kontinental-Trustes endgültig genehmigt. Dabei wurde die recht bezeichnende Tatsache bekannt, daß die Spitzengruppe der Namen der eigentlich führenden Gruppe an allererster Stelle enthält: sie heißt Siemens-Rhein-Elbe-Schäfer-Union, ein Gegenkommen gegenüber kleinen menschlichen Schwächen, das den bei dem Zusammenstoß führenden Leitern der

Deutsch-Lugemburgischen Gruppen, Hugo Stinnes und Generaldirektor Bögl, die Verhandlungen wahrscheinlich sehr erleichtert hat. Denn an sich hat z. B. den auf ihre Unabhängigkeit so folgen Siemens, das Zusammengehen mit der Schwerindustrie, das ja doch eine sehr starke Beschränkung dieser Unabhängigkeit bedeutet, sicherlich ebenso ferngelegen, wie den Vorzug die Aktiengesellschaft. L. H.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Nichtanwässige stimmen später ab!
Dem Vorsitzenden der Friedensdelegation in Paris ist folgende, vom 27. Dezember batletzte Note übermittelt worden:

Die Volkskammerkonferenz ist davon verständigt worden, daß die deutsche Regierung ablehnt, das von den verbündeten Regierungen angelegte Verfahren bei der Volksabstimmung in Oberschlesien anzunehmen. Die verbündeten Mächte hatten mit ihrem Vorschlag kein anderes Ziel im Auge, als eine Lage zu schaffen, die es gestattet, die Volksabstimmung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen zu lassen. Um ein so überaus wichtiges Ziel zu erreichen, schien es den Verbündeten, das Einverständnis der unmittelbar beteiligten Regierungen vorausgesetzt, möglich, den Artikel 88 des Friedensvertrages in dem Sinne auszulegen, von dem die Note vom 30. November sich hatte leiten lassen.

Da diese Lösung von den beteiligten Regierungen nicht angenommen worden ist, sehen sich die verbündeten Mächte genötigt, den Artikel 88 schließlich zur Anwendung zu bringen. In dem Bestreben jedoch, bei der Volksabstimmung die Ordnung aufrecht erhalten zu sehen, für die sie verantwortlich sind, haben sie die Interalliierte Kommission in Oberschlesien zu ernennen, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die geeignet erscheinen, die öffentliche Ruhe am weitesten zu gewährleisten.

Die Volkskammerkonferenz hat daher, nachdem sie von den Antworten der deutschen und der polnischen Regierung Kenntnis genommen hat, beschlossen, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet ansässigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen, und zwar an Terminen und unter Bedingungen, die die Interalliierte Kommission festsetzen wird, die alle Befugnisse hat, unmittelbar mit der deutschen Regierung die Fragen der Beförderung der Stimmberechtigten zu regeln.

Die Note ist unterzeichnet von dem französischen Ministerpräsidenten Lougeux. Hoffentlich gelang es nun auch, endlich die genauen Abstimmungstermine festzusetzen.

Dr. Birtz und die innere Politik.

Das Din und Her in der Sozialisierungsfrage.
Bei seinem Aufenthalt in Freiburg i. S. sprach Reichsfinanzminister Dr. Birtz in einer kurz besuchten Versammlung über Fragen der inneren Politik. Er betonte die unbedingte Notwendigkeit, die gesamte deutsche Politik auf den Verfall der Friedensverträge einzustellen. Allerdings könnten seine finanziellen Verpflichtungen nur dann erfüllt werden, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben seien. Die als Reparation von französischer Seite immer wieder genannte Summe von 262 Milliarden Goldmark stelle den jetzigen Wert des gesamten deutschen Volkvermögens dar. Das könne man nicht leisten.

Aus dem und in Brüssel vorgelegten Fragebogen läßt die deutsche Beamtenchaft erkennen, wie gefährlich es sei, eine unklare Politik zu treiben. Aber die in der Beamtenchaft herrschende Stimmung sei er unterrichtet. Es sei ein großes Spiel, was die Beamtenchaft hier begäme. Sie dürfe nicht übersehen, daß sie sich der Verantwortung nicht entziehen könne. Dem Din und Her in der Sozialisierungsfrage müsse ein Ende gemacht werden, und der Gegenwärtigen, der dem Reichstage demnächst zugehen werde, werde den Grundsat anstellen, daß die Schätze des Volkes Eigentum der Allgemeinheit seien.

Das Rechnungsjahr 1920 schließt mit einem Fehlbeitrag von 80 Milliarden ab. Ein neuer Ergänzungsbetrag mit rund 12 Milliarden werde demnächst dem Reichstage zugehen. Der Besitz müsse Opfer bringen. Er hoffe, daß das nun-

mehr ratifizierte holländische Kreditabkommen den Anfang für weitere derartige Aktionen bilde. Zum Schluß verleihe der Minister noch auf die auch im Zentrum sich bemerkbar machenden Bestrebungen auf Gründung neuer Parteien und betonte, daß nur eine starke Mitte, die von wirklich sozialen, christlichen Welt getragen sei, das deutsche Volk wieder vorwärts bringen könne.

Neueste Meldungen.

Das Schicksal Osgalziens.

Berlin. Wie man von gut unterrichteter Seite erfährt, beruht die Meldung, daß die Genfer Konferenz der Kleinen Entente die provisorische Verwaltung des autonomen Osgalziens übertragen habe, nicht auf Wahrheit.

Unarische Absichten auf die Slowakei.

Berlin. Von unarischer Seite wird die Frage der Slowakei aber den geplanten Überfall auf die Slowakei bestritten. Nach ganz genauen Informationen hat die ungarische Regierung selbst das Bestehen des Planes eines Überfalls keineswegs bestritten, sondern nur erklärt, daß sie daran nicht beteiligt sei, zugleich hat sie die tschecho-slowakische Regierung ihrer loyalen Haltung versichert. Übrigens bemerkt auch die Interaktion der Internationalen Kontrollkommission in Budapest, daß es sich weder um „eine Schreckensvision“ noch um eine kommunistische Tendenz handelt, sondern um tatsächliche Umtriebe illegaler Truppenverbände.

Lohnerhöhung für Gefangenearbeiter.

Berlin. Die Arbeitsbeschaffung der Gefangenen ist jetzt ebenfalls erhöht worden, wie dies schon vor einiger Zeit bei den Kosten des Arbeitslohn im Gefängnis geschehen ist. Im Einverständnis mit dem Finanzminister hat der Justizminister den Höchstbetrag der Arbeitsbeschaffung, der auszuführen werden kann, für den Arbeitstag bis zu einem Viertel des Verdienstes erhöht, für Hochhausgefängnisse von 20 Mk. auf 1 Mark, für Gefängnisgefängnisse von 30 Mk. auf 1,50 Mark.

Die Offiziere beim französischen Militär.

Wahlkämpfe. Die Erzählungen der zum ersten Male auf Urlaub gekommenen Offiziere über die Zustände in den inneren französischen Garnisonen lauteten trübselig. Die Garnisonen hatten vor Schmutz, Dreck und Mühsal nicht minder. Überall fehlte es an hygienischen und sanitären Einrichtungen, oft sogar an reinem Trinkwasser. Dabei ist die Verpflegung sehr schlecht. Dies alles wird durch die schlechte Behandlung überboten. Die jungen Leute sprechen in den meisten Fällen den Wunsch nicht und werden dann als „Boche“ bezeichnet.

Schwierigkeiten im elsass-lothringischen Vordienst.

Strasbourg. Der Postdienst in Elsass-Lothringen wird von der französischen Verwaltung ungenügend. Dabei wird das Arbeitslohn ohne entsprechende Vergütung eingekürzt. Die Leistungen werden nach mathematischen Formeln gemessen: der Arbeitslohn durchbrochen und der Postdienst nur noch als einfacher Dienst bezahlt, ebenso werden die Überstunden abgezinst. Sämtliche Organisationen werden gegen dieses Verwaltungsmaßnahme. Um die Unzufriedenheit zu beseitigen, wurde die Lösung ausgedacht: Stärkste Anwendung der Dienstvorschriften bei allen Dienstverhältnissen, also völlige Restriktion.

Kammeranfrage wegen Marsa Jettin.

Paris. Da die deutsche Kommunistin Marsa Jettin ohne daß die Grenze überschritten hat, wurde heute in der Kammer eine Anfrage an die Regierung gestellt, wie es möglich war, daß Frau Marsa Jettin die französische Grenze überschreiten konnte.

Wachsende Arbeitslosigkeit in London.

London. Die Zahl der Arbeitslosen wächst förmlich an. Die vor der Vertagung des Parlamentes beschlossenen Maßnahmen sind durchaus unzureichend. In dem gestern einberufenen Ministerrat gelangte man zu der Erkenntnis, daß sowohl die Arbeitsbeschaffung als auch die Arbeitsbeschaffung an den Verhältnissen schuld seien. Sie wurden demgemäß eingeladen, nach Mitteln zu suchen, den Arbeitslosen dauernde Beschäftigung zu gewähren. Lord George hat offiziell mitgeteilt, daß er die Reise nach Paris aussetzen habe und aller Wahrscheinlichkeit nach London bis zur Wiederveröffnung des Parlamentes im Februar überhaupt nicht mehr verlassen werde.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Beratungen über die Abstimmungsfrage.
Frankfurt a. M., 31. Dezember (zu.) Heber die Verantwortung der neuen Note der Entente haben, wie der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung hier, im